

Kamen, 30.11.2010

**Fraktion DIE LINKE / GAL im Rat der Stadt
Kamen**

Rede zum Stellenplan 2011

So langsam wird es eng im Kamener Rathaus. Das ist natürlich nur bildlich gesprochen, denn die Zahl der Planstellen sinkt immer weiter. Eng deshalb, weil die Aufgaben der Stadtverwaltung nicht weniger werden und diese Aufgaben von immer weniger Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erledigt werden muss. Wie überall in unserer Gesellschaft nimmt die Arbeitsverdichtung zu. Unser Dank und Respekt gilt ihnen, weil sie dieses zum allergrößten Teil gut machen.

Betrachtet man den Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, so ist Deutschland ein Entwicklungsland. Sie beträgt laut einer OECD-Studie ca. 11 Prozent. Wir müssen uns ja nicht gleich an den skandinavischen Ländern orientieren – da beträgt in Norwegen und Schweden der Anteil knapp 30 Prozent, aber Frankreich mit 22 Prozent wäre schon ein Maßstab. Also gilt es eigentlich, den staatlichen Beschäftigungssektor zu stärken. Die Stadt Kamen baut, der Not der kommunalen Finanzmisere gehorchend, die Stellen weiter ab.

Übrigens werden in immer mehr Städten und Gemeinden Bereiche der Daseinsvorsorge wieder

zurückgeholt in die Verwaltung –
Rekommunalisierung heißt das Schlagwort.
Vielleicht könnte uns so etwas in den nächsten
Jahren auch in Kamen helfen.

Die Fraktion DIE LINKE / GAL lehnt den Entwurf
des Stellenplans für das Jahr 2011 ab. Der Grund:
die Stadt stellt für das nächste Jahr keine
Ausbildungsplätze zur Verfügung. Als
Klassenlehrer einer 10. Klasse der Gesamtschule
blutet mir das Herz. Einer meiner Schüler hat sich
jetzt um eine Ausbildungsstelle als Straßenwärter
beworben – in mehreren Nachbarkommunen. In
der fraglichen Stadt gibt es eine Stelle. Zum
Eignungstest waren rund 50 junge Menschen
eingeladen...

Schon seit Jahren kritisieren wir hier die
mangelnde Ausbildungsbereitschaft der Stadt. Seit
Jahren fordern wir von der Verwaltung, die einer
der größten Arbeitgeber in Kamen ist, neue
Konzepte, um junge Menschen auch in Berufen
auszubilden, die nicht allein in Verwaltungen
beschäftigt werden können. Geschehen ist bislang
nichts!

Andere Städte verfahren da schon vorbildlich: Um
die Chancen der Lehrlinge, die nicht dauerhaft
angestellt werden können, auf einen Job in der
freien Wirtschaft zu erhöhen, arbeitet die Stadt
Krefeld bei bestimmten Ausbildungszweigen auch

mit der örtlichen Wirtschaft zusammen. Angehende Fachkräfte bestimmter Sparten absolvieren zum Beispiel einen Teil ihrer Ausbildung in der Verwaltung und einen Teil im Betrieb.

Die Stadt Kamen, so die Erläuterungen zum Stellenplan, sucht nach Jahren, in denen nichts geschehen ist, „u. a. in Zusammenarbeit mit der IHK nach neuen Ausbildungswegen“.

2011 sollen – so die Pläne – im Rathaus 429 Planstellen 7 Azubis gegenüberstehen. Das entspricht einer Ausbildungsquote von 1,6 %. Diese Quote wird dadurch, dass 5 der jungen Menschen im Laufe des Jahres ihre Ausbildung beenden, auf unter 0,5 % fallen.

Bei den DAX-Unternehmen – die bekanntlich recht wenig ausbilden – beträgt die Ausbildungsquote 4,9 %. Und die SPD fordert weiter eine Ausbildungsplatzabgabe für Betriebe, die eine Ausbildungsquote von unter 7 % haben.

Als Grund nennt Bürgermeister Hermann Hupe die Zwänge des Nothaushalts. Die Schaffung neuer Ausbildungsplätze sei nicht erlaubt. Doch jetzt ist die Gelegenheit, ein Zeichen zu setzen.

Woanders denkt man allerdings weiter: So liegt den Landtagsfraktionen ein Gesetzesentwurf zur Änderung des § 76 der Gemeindeordnung vor, den

wir sehr begrüßen. Danach sollen Konzepte zur Haushaltssicherung auch genehmigt werden können, wenn die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen erst langfristig gelingen kann. Als ein wesentlicher Grund für diese Vorlage wird angegeben, dass Kommunen dann Nachwuchskräfte ausbilden könnten.

Gerade in einer Stadt, in der es an Ausbildungsplätzen fehlt, ist Berufsausbildung für Betriebe eine moralische Pflicht – und besonders für die Stadt Kamen.